



### Presseschau vom 16.09.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Vormittags:

Dan-news.info: Die Mehrheit der Städte und Bezirke der DVR, auch die frontnahen, sind zu 90% bereit zum Beginn der Heizsaison, erklärten heute die Leiter der Bezirks- und Stadtverwaltungen.

„Jetzt beträgt der Vorbereitungsstand zur Heizsaison etwa 92%, bis zum 15. Oktober werden wir es schaffen die Einwohner mit Wärme zu versorgen“, erklärte der Leiter der Bezirksverwaltung von Starobeschewo Iwan Michajlow.

„Die Stadt ist zu 96% bereit. Jetzt werden die abschließenden Details geklärt. Wir haben Kohlevorräte für Schulen, Kindergärten und den privaten Bereich. Im Ganzen arbeiten die Menschen gut, wir werden es rechtzeitig schaffen“, teilte die Stadtverwaltung von Gorlowka mit.

Eine ähnliche Auffassung vertraten die Leiter der Verwaltung von Donezk, Makejewka, Debalzewo, Dokutschajewsk, Jasinowataja, Telmanowo, Nowoasowsk, Schachtjorsk und Amwrosiewka.

In Sneschnoje ist das zentrale Heizungssystem derzeit zu 60% bereit. „Wir haben 28 Heizwerke, bis zum Heizsaison werden alle bereit sein. Zurzeit sind wir zu 60 Prozent bereit und bis zum 15. Oktober, denke ich, werden wir es schaffen“, erklärte der Bürgermeister von Sneschnoje Walerij Chlopenik....

Die Heizsaison beginnt in der DVR am 15. Oktober. Gemäß den festgelegten Regeln werden zuerst soziale Objekte versorgt – Kindergärten, Schulen und medizinische Einrichtungen.

Wir fügen hinzu, dass zuvor die Informationsagentur Interfax-Ukraina mitgeteilt hatte, dass die Leiter der ukrainischen kommunalen Dienste eine technisch bedingte Katastrophe in Zusammenhang mit dem niedrigen Niveau der Vorbereitung zur bevorstehenden Heizsaison prognostizieren. „Mit jedem Jahr wird die Vorbereitung zum Winter problematischer und schlechter. Wir haben jedes Jahr einen großen Rückstand bei Reparaturen der Ausrüstung und Netze“, erklärte gestern der Präsident der branchenübergreifenden Vereinigung für Wärme- und Energieversorgung der Ukraine Arsentij Blaschtschuk.

Nach seinen Worten hat nach der letzten Heizsaison „Naftogas Ukrainy“ dank der von der Regierung zur Verfügung gestellten Mechanismen die rücklaufenden Mittel bei den Energieunternehmen „gewaschen“, alle Geldmittel für die Begleichung von Rückständen beim Gas verwendet. In der Folge sind bei vielen Schulden beim Strom, Rückstände bei den Lohnzahlungen entstanden. Außerdem decken die jetzigen Tarife nicht die Ausgaben für die Wärmeenergie, fasste Blaschtschuk zusammen.

De.sputniknews.com: In einem Telefongespräch mit US-Außenamtschef John Kerry hat Russlands Außenminister Sergej Lawrow zur Bildung einer Einheitsfront für den Kampf gegen die Terrormiliz in Syrien aufgerufen. Wie der Pressedienst des russischen Außenministeriums mitteilte, fand das Telefongespräch auf Initiative der amerikanischen Seite statt.

„Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand die Lage in Syrien“, hieß es. „Lawrow betonte erneut die Notwendigkeit der Bildung einer Einheitsfront zum Kampf gegen die Terrorgruppen, die auf dem Territorium dieses Landes operieren.“

Kerry äußerte indes die Meinung, dass Russlands Unterstützung für Syriens Präsident Baschar al-Assad zu einer Erweiterung des Konflikts in diesem Lande führe. Nach seiner Ansicht könne Assad „nicht zu einem vertrauenswürdigen Mitglied“ der Anti-Terror-Koalition werden, die inzwischen mehr als 60 Länder zählt.

„Der Außenamtschef betonte, dass es keine militärische Lösung des Konflikts in Syrien gibt“, teilte John Kirby, der offizielle Sprecher des US-Außenamtes, mit. Der Konflikt könne „nur mit der politischen Machtübergabe von Assad gelöst werden“.

Dan-news.info: Die Nacht verlief in den Städten und Bezirken der DVR in der Nähe der Kontaktlinie ohne Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen, teilte heute die Leiter der Stadt- und Bezirksverwaltungen mit.

„Alles ist ruhig, in der Nacht gab es keine Beschüsse“, sagte der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirk der Hauptstadt Iwan Prichodko. Auch wurden keine Beschüsse in den Bezirken Kiewskij, Petrowskij und Kirowskij von Donezk festgestellt.

Eine ruhige Situation war in der Nacht auch in Dokutschajewsk, Makejewka und Gorlowka.

„Gott sei Dank haben die ukrainischen Soldaten nicht geschossen und die Nacht verlief ruhig. Informationen über Zerstörungen und Opfer sind nicht eingegangen“, hieß es im Gorlowker Bürgermeisteramt.

Die Behörden der Bezirke Nowoasowsk, Telmanowo, Jasinowataja, Amwrosiewka und Starobeschewo der Republik haben auch keine Verletzungen des Regimes der Ruhe in den Ortschaften an der Kontaktlinie festgestellt.

„Es wurden keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen in der Nacht festgestellt. Bei uns war absolute Ruhe“, sagte der Leiter des Nowoasowsker Bezirks Oleg Morgun.

De.sputniknews.com: Die USA haben Russland neue Sanktionen in Aussicht gestellt. Um diese zu verhüten, solle Präsident Wladimir Putin in Sachen Ukraine eine „strategische Entscheidung“ treffen.

„Die Russische Föderation kann noch stärker international isoliert werden, die bestehenden

Sanktionen können verlängert und neue verhängt werden“, sagte Josh Earnest, Pressesprecher des Weißen Hauses, am Dienstag. Das Ziel der Sanktionspolitik sei es, den russischen Staatschef Wladimir Putin zu einer „strategischen Entscheidung“ in Sachen Ukraine zu bewegen. Was er konkret meint, sagte Earnest nicht. Er betonte jedoch, dass die bestehenden Sanktionen gegen Russland nur dann fallen könnten, wenn die Minsker Abkommen erfüllt sind.

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen haben in der vergangenen Nacht zehn Mal das Regime der Feueinstellung im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR verletzt, teilte das Verteidigungsministerium der Republik mit.

In der Zeit vom 10:58 bis 19:00 haben die Kiewer Truppen von den Positionen in Luganskoje zehn Mal Kalinowka und einmal Losowoje mit Schusswaffen, großkalibrigen Maschinengewehren, Granatwerfern, Panzertechnik und Panzerwaffen beschossen. „Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten gibt es nicht“, teilte die Volksmiliz mit.

De.sputniknews.com: Als „politische Unverschämtheit“ hat der Duma-Chef den Ausschluss der russischen Abgeordneten von OSZE- und IPU-Sitzungen bezeichnet. Auch der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sprach sich gegen Einreiserestriktionen für Parlamentarier aus. Die finnischen Behörden hatten im Juli auf Druck aus Brüssel der russischen Parlamentsdelegation die Einreise zur Teilnahme an der Jubiläumssitzung der PV OSZE in Helsinki verweigert. Im September machten die USA durch Visaeinschränkungen die Teilnahme russischer Parlamentarier an einer Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU) in New York unmöglich.

„Das ist ein nicht akzeptabler Angriff auf die parlamentarische Demokratie“, kommentierte Sergej Naryschkin, Vorsitzender der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), am Mittwoch in Ulan-Bator (Mongolei) bei einem Treffen mit dem Präsidenten der PV OSZE, Ilkka Kanerva.

Kanerva sprach sich gegen Restriktionen für offizielle Delegationen aus. „Wir brauchen Russland. Das ist einer der wichtigsten Partner von uns“, sagte der ehemalige finnische Außenminister. „Finnland und Russland waren historisch Freunde und wir werden auch weiterhin ein gutes Verhältnis pflegen.“ Kanerva versprach auch, er werde an die EU-Führung und die Mitgliedsländer appellieren, keine Sanktionen gegen nationale Delegationen anzuwenden, damit diese ungehindert an der PV OSZE teilnehmen können.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30371/71/303717178.jpg>

Dnr-online.ru: Auf einem Arbeitstreffen am 15. September berichtete das Republikoberhaupt Alexandr Sachartschenko auf Nachfrage von Journalisten über die Durchführung der örtlichen Wahlen.

„Die Vorbereitung zu den Wahlen geht ihren Gang, sie finden am 18. Oktober 2015 statt. Für uns sind das nicht die ersten, wir haben also schon Erfahrung. Ich will sagen, dass die Wahlen auf unserem Territorium, gemäß den Minsker Vereinbarungen, der Verfassung und den Gesetzes der DVR stattfinden werden. Uns betreffen Wahlen, die auf dem Territorium der Ukraine durchgeführt werden, absolut nicht. Wir erfüllen die Minsker Vereinbarungen, das offizielle Kiew nicht“, sagte Alexandr Sachartschenko.

De.sputniknews.com: Am Dienstag begann die 70. Tagung der UN-Vollversammlung in New York. Sie könnte zu einem wichtigen Ereignis in den russisch-amerikanischen Beziehungen werden. Russlands Präsident Wladimir Putin hält eine Rede.

Auf der Tagesordnung stehen die Flüchtlingskrise in Europa und die Beilegung der Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine, schreibt die „Nowyje Iswestija“ am Mittwoch.

Weitere Themen sind das Vetorecht und die Erweiterung des Weltsicherheitsrats. Einige der fünf Veto-Mächte (Russland, die USA, Großbritannien, Frankreich und China) gehören nicht mehr zu den größten Ländern. Indien, Deutschland, Brasilien, Japan und andere Länder wollen mehr Einfluss.

Wegen der weltweiten Spannungen sind Kontroversen in der Vollversammlung zu erwarten. Am 28. September wird Putin voraussichtlich eine Rede vor der UN-Vollversammlung halten. Putin hielt bereits drei Mal (2000, 2003, 2005) eine Rede im UN-Hauptquartier. Der Kreml-Chef wird vor allem über die Lage in der Ukraine und in Syrien sprechen. Anschließend will sich US-Präsident Barack Obama auf der UN-Tribüne zu Syrien und der Ukraine äußern. Am Rande der UN-Vollversammlung könnte ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Putin und Obama zustande kommen. Allerdings ist ein Durchbruch in den Beziehungen zwischen Russland und den USA unwahrscheinlich: der Streitpunkt ist weiterhin das Schicksal des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad.

Der Direktor des Instituts der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, Wladimir Lepjochin, rechnet vorerst nicht mit einem Neustart in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington. Erst müsse ein neuer US-Präsident gewählt werden, um einen Neustart zu ermöglichen, so der Experte.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30434/00/304340084.jpg>

Dan-news.info: Drei Übersetzer haben sich geweigert, mit der Staatsanwaltschaft Odessas in

dem Gerichtsprozess zur Angelegenheit der Aktivisten des „Antimaidan“ zusammenzuarbeiten. Dies erklärte der Vertreter der Verteidigung der Rechtsanwalt Kirill Schewtschuk heute gegenüber DAN.

„Der erste Übersetzer weigerte sich deswegen, weil die Staatsanwaltschaft seine Arbeit nicht bezahlte, der zweite hörte ohne jegliche klare Erklärungen auf, die dritte arbeitete eine Zeitlang zusammen und weigerte sich weiter zu arbeiten, auch weil man sie nicht bezahlte“, erklärte der Jurist.

Über Informationen über den Verlauf der Suche der Odessaer Staatsanwaltschaft nach einem neuen Übersetzer für die angeklagten Bürger der RF verfügt der Anwalt nicht.

## **Nachmittags:**

De.sputniknews.com: Der Kreml weist die Informationen zurück, laut denen Russland bereits vor drei Jahren einen Plan für den Rücktritt des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad vorgeschlagen habe.

„Russland betreibt keine Regimewechsel“, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Mittwoch. „Seit Beginn der Syrien-Krise wiederholt Russland auf allen Ebenen, dass nur das syrische Volk und nur durch demokratische Institutionen seine eigene Zukunft bestimmen darf.“

Der finnische Ex-Präsident und Friedensnobelpreisträger Martti Ahtisaari hatte in einem Guardian-Interview mitgeteilt, Russland habe bereits 2012 einen Friedensplan für Syrien vorgeschlagen, der auch einen Rücktritt des syrischen Machthabers Bashar al-Assad vorgesehen habe — doch die USA hätten den Plan damals ignoriert, denn sie hätten gehofft, Assad selber aus dem Amt zu werfen.

Die USA und ihre europäischen Verbündeten streben eine Entmachtung von Assad an und lehnen deshalb jedes Zusammenwirken mit der syrischen Regierung im Kampf gegen die berüchtigte Terrormiliz „Islamischer Staat“ ab. Sie unterstützen sogar bewaffnete Oppositionsgruppen in Syrien, die gegen Assads Armee kämpfen.

Dnr-online.ru: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR bleibt verhältnismäßig ruhig.

„Die Kämpfer, die im Interesse des Kiewer Regimes handeln, unternehmen weiterhin Versuche die Lage zu verschärfen. Einzelne Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte verletzen den Waffenstillstand, provozieren die Soldaten der Armee der DVR das Feuer zu erwidern. Aber unsere Abteilungen beachten streng das Regime der Ruhe und reagieren nicht auf die vorsätzlichen Provokationen von Seiten der ukrainischen Nationalisten und der sie unterstützenden Kommandeure der Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte.

Die ukrainischen Truppen haben in den letzten 24 Stunden acht Mal das Regime des Waffenstillstands verletzt. Mit Granatwerfern und Schusswaffen wurden Spartak und Staromichajlowka beschossen, das Feuer kam aus dem Gebiet von Krasnogorowka und des Lüftungsschafts des Butowka-Bergwerks von den Positionen der 93. einzelnen mechanisierten Brigade unter dem Kommando von Nikoljuk. Auch wurde gestern im Gebiet von Marjinka, das von den ukrainischen Streitkräften kontrolliert wird, das Feuer unter Verwendung von Schusswaffen, Granatwerfern und Panzertechnik auf den Petrowskij-Bezirk der Stadt Donezk eröffnet.

Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin Fakten grösster Verletzungen der Minsker

Vereinbarungen durch die ukrainische Seite fest. Wieder wurden Verlagerungen von verbotenen Waffen und Militärtechnik zur Abgrenzungslinie festgestellt. So hat die Aufklärung der Armee der DVR die Verlegung von vier Artilleriesystemen nach Maximowka, 18,5 km von der Abgrenzungslinie festgestellt.

Außerdem wurden im Bereich der OSZE-Mission für den 14. September größte Verletzungen durch die ukrainischen Truppen festgestellt. Insbesondere wurde das Fehlen von drei Haubitzen 2A65 „Msta-B“ und sieben „Grad-Systemen“ der ukrainischen Streitkräfte auf den vorgesehenen Orten für den Abzug von schweren Waffen eines Kalibers über 100mm festgestellt. Die genannten Fakten zeugen von der Verlogenheit des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte, das bezüglich der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung und des Waffenstillstands lügt“, sagte Eduard Basurin.

De.sputniknews.com: Eine Petition mit der Aufforderung zum Rücktritt an den Gouverneur des Gebietes Odessa, Michail Saakaschwili, ist am Dienstag auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko erschienen.

„Nach mehr als drei Monaten Arbeit auf dem Posten des Gouverneurs des Gebietes Odessa hat Michail Saakaschwili kein einziges Versprechen erfüllt“, heißt es in der Petition.

Es wird betont, dass nach mehr als drei Monaten Arbeit des Gouverneurs die Einwohner des Gebietes Odessa keine positiven Veränderungen bemerkt haben. Den Kampf gegen die Korruption sowie die Reformen gibt es nur mit Worten, heißt es in der Petition.

Außerdem haben die Autoren der Petition ihr Misstrauen gegenüber dem jüngsten Kaderwechsel geäußert sowie auf den unproduktiven Kampf gegen die Bürokratie sowie fehlende Investitionen in die Region hingewiesen.

Zuvor war auf der Webseite des ukrainischen Präsidenten ein Appel mit dem Vorschlag erschienen, den ehemaligen georgischen Präsidenten zum Regierungschef zu ernennen. Die Petition hat die nötige Zahl von Stimmen gesammelt, um vom Staatsoberhaupt geprüft zu werden.

Später betonte Poroschenko, dass Saakaschwili ein guter Regierungschef werden könne, aber nur für Georgien.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30434/28/304342858.jpg>

Dan-news.info: Die Generalstaatsanwaltschaft der DVR hat entschieden, vorläufige Ermittlungen in der Sache des Absturzes des malaysischen Boeing-777 am 17. Juli 2014 aufzunehmen. Dies erklärte heute gegenüber Journalisten der Ermittler für besonders wichtige Angelegenheiten der Ermittlungsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft der DVR Maxim Pewtijew.

„Die Sache wird in Zusammenhang mit den Mitteilungen örtlicher Einwohner über die Existenz von Fragmenten und Teilen der abgeschossenen Passagier-Boeing aufgenommen

und weil diese Trümmer eine wichtige Bedeutung als sachliche Beweismittel in der Angelegenheit haben“, sagte der Vertreter der Aufsichtsbehörde. Gestern waren Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft der DVR am Absturzort zum Einsammeln der von Einwohnern gefundenen Trümmer.

De.sputniknews.com: Vor den Kommunalwahlen am 25. Oktober in der Ukraine droht das Regierungsbündnis von Präsident Petro Poroschenko zu zerbrechen, schreibt die „Nowyje Iswestija“ am Mittwoch.

Der Regierungskoalition in der Obersten Rada (Parlament) gehören vier Parteien an – „Block Petro Poroschenko“, „Selbsthilfe“ („Samopomoschtsch“), „Vaterland“ („Batkiwschtschina“), „Volksfront“ („Narodni Front“). Der stellvertretende Vorsitzende der Partei „Block Petro Poroschenko“, Nikolai Tomenko, beklagte zunehmende Kontroversen zwischen den Parteien des Regierungsbündnisses. Der Abgeordnete forderte mehr Transparenz zur Lösung der politischen Krise und warnte vor Neuwahlen.

Die Radikalen-Partei mit Oleg Ljaschko an der Spitze hatte aus Protest gegen die Dezentralisierung des Landes der Regierungskoalition vor kurzem den Rücken gekehrt. Ein Austritt der Parteien „Selbsthilfe“ („Samopomoschtsch“) und „Vaterland“ („Batkiwschtschina“) ist nicht ausgeschlossen.

Dem Abgeordneten Egor Sobolew („Samopomoschtsch“) zufolge erörterte seine Partei gestern die Umsetzung des Koalitionsvertrags. Korrupten Parlamentariern würde es jetzt an den Kragen gehen, sagte er.

Zudem wird derzeit ein Zusammenschluss des „Blocks Petro Poroschenko“ und der „Volksfront“-Partei, die fast immer einheitlich abstimmen, erwogen. Auf die beiden Parteien entfallen 224 Parlamentssitze (226 sind für eine Mehrheit nötig).

Die von der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Timoschenko angeführte „Batkiwschtschina“-Partei (19 Stimmen) will der Koalition die Treue halten, obwohl sie in der ersten Lesung gegen die Verfassungsänderungen gestimmt hatte.

Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk hat derweil seine Vorschläge zur neuen Zusammensetzung der Regierung vorbereitet. Der Vizepremier Valeri Woschtschewski legte de facto sein Amt nach dem Austritt der Radikalen-Partei nieder.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30434/31/304343145.jpg>

Dan-news.info „Ab dem 17. September 2015 werden in der Republik täglich sechs neue zusätzliche Züge zwischen Städten fahren“, teilte das Transportministerium mit. Zwei Elektrozüge werden auf der Strecke Ilowajsk-Gorlowka-Ilowajsk fahren und vier Züge auf der Strecke Jasinowataja-Gorlowka-Jasinowataja.

De.sputniknews.com: Russland wird eine Erweiterung des UN-Sicherheitsrates in der Form unterstützen, die von mehr als zwei Dritteln der Mitgliedsländer gebilligt wird, wie der russische Vizeaußenminister Gennadi Gatilow am Mittwoch Journalisten sagte.

„Wir sind bereit, eine Erweiterung des UN-Sicherheitsrates in der Form zu unterstützen, mit der die überwiegende Mehrheit der Mitgliedsstaaten einverstanden ist. Im Idealfall wären es natürlich 100 Prozent, aber jedenfalls mehr als zwei Drittel der Länder“, so Gatilow. Laut dem Vizeaußenminister sind nach dem Reglement der Abstimmung für die Verabschiedung einer Resolution mindestens zwei Drittel der Stimmen erforderlich.

„Angesichts dessen, dass das Problem sehr breit steht und für die Zukunft der Organisation politisch wichtig ist, halten wir zwei Drittel für nicht genügend und brauchen eine weitaus größere Unterstützung, wenn wir wollen, dass die eine oder andere Variante angenommen wird“, fügte Gatilow hinzu.

Dan-news.info: Erklärung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko über die Wahlen zu den Organen der örtlichen Selbstverwaltung

Heute wurde von mir ein Erlass über die Ausrufung von Wahlen zu den Organen der örtlichen Selbstverwaltung unterschrieben, die am 18. Oktober 2015 stattfinden. Schon in einem Monat finden die ersten Wahlen der Oberhäupter der Städte und Bezirke unseres jungen Staates statt. Dies ist ein wichtiges Ereignis für unsere Republik in erster Linie deswegen, weil wir mit der Durchführung der Wahlen für die Organe der örtlichen Selbstverwaltung den Prozess des Staatsaufbaus abschließen.

Ich will sagen, dass gerade am 18. Oktober in der DVR die erste Etappe der Wahlen zu den Organen der örtlichen Selbstverwaltung stattfinden.

Gemäß dem von mir unterschriebenen Erlass sind Fristen für die Durchführung des Wahlprozesses, Wahlkreise und grundlegende Prinzipien bestimmt worden.

Die Durchführung der Wahlkampagne erfordert zusätzliche Ausgaben aus dem Budget der Republik. Unter Berücksichtigung des Mangels an Haushaltsmitteln und der Notwendigkeit, zunächst die Objekte der sozialen Sphäre, die Produktion wiederaufzubauen und auch die Absicherung der Bevölkerung der Republik mit Sozialzahlungen, Renten und Unterstützungen zu leisten, werden die örtlichen Wahlen in mehreren Etappen stattfinden. In der ersten Etappe wählen die Bürger der DVR die Oberhäupter der Stadt- und Bezirksverwaltungen. Zuerst werden wir die Oberhäupter der Bezirke Amworsiewka, Nowoasowsk, Starobeschewo, Telmanowo und der Städte Gorlowka, Debalzewo, Dokutschajewsk, Donezk, Jenakiewo, Shdnaowka, Kirowskoje, Makejewka, Sneshnoje, Tores, Charzysk, Schachtjorsk und Jasinowataja wählen.

Die nächsten Etappen sehen gemäß dem Erlass die Wahlen der Leiter alle übrigen Ebenen – Dörfer, Ortschaften usw. vor. Vollständig planen wir den Wahlprozess der örtlichen Ebene im ersten Halbjahr 2016 abzuschließen.

Die DVR ist ein unabhängiger demokratischer Staat und die Wahl der Organe der örtlichen Selbstverwaltung ist ein verantwortungsvoller und wichtiger Schritt für jeden Bürger der Republik, von dem nicht nur die Anerkennung unseres Landes in der internationalen Ebene abhängt, sondern auch der Weg, dem die DVR in den nächsten Jahren folgen wird.

De.sputniknews.com: Die ukrainische Extremistenbewegung „Rechter Sektor“ hat die Bereitschaft bekundet, sich der Blockade der Schwarzmeer-Halbinsel Krim durch ukrainische Abgeordnete anzuschließen.

Zuvor hatten die Rada-Abgeordneten und Aktivisten der nichtregistrierten Organisation „Medschlis der Krimtataren“ Refat Tschubarow und Mustafa Dschemilew mitgeteilt, dass die Grenze zur Krim für die Lieferung von Lebensmitteln und anderen ukrainischen Waren auf die Halbinsel gesperrt werden soll.

Wie Republikchef Sergej Aksjonow am Dienstag sagte, ist die Republik Krim auf die angedrohte Verkehrs- und Lebensmittelblockade vonseiten der Ukraine völlig gefasst. Laut Aksjonow wäre eine Sperraktion an der Grenze zur Krim vor allem für die Bürger der Ukraine, insbesondere die Bewohner der Gebiete Cherson und Nikolajew, nachteilig. Tschubarow teilte in der heutigen Parlamentssitzung mit, dass die Aktion am 20. September um 12.00 Uhr beginnen werde. Nach seinen Worten wird der Stab der Aktion auf der Landenge Tschongar stationiert sein.

Zuvor hatte der erste Vizeminister für Industriepolitik der Krim, Konstantin Rawitsch, erklärt, dass die Halbinsel auf die Lieferung von ukrainischen Lebensmitteln, darunter Obst, Gemüse und Milchprodukte, praktisch verzichtet habe.

Laut Rawitsch untergraben die ukrainischen Politiker endgültig das Vertrauen gegenüber der Ukraine als zuverlässiger Geschäftspartner, mit dem man beiderseitig vorteilhafte Geschäftsbeziehungen pflegen kann.

Die Staatsduma (Russlands Unterhaus) bezeichnete die Erklärung der ukrainischen Parlamentarier über die geplante Lebensmittelblockade der Krim als reine Werbeaktion...

**Dnr-online.ru: Die Durchführung von örtlichen Wahlen in der DVR verläuft im Rahmen der Minsker Vereinbarungen, erklärte in einem Interview der Leiter der Administration des Oberhauptes der DVR Maxim Leschtschenko.**

„Unsere Republik ist recht jung und es gab eine Zeit, als es mindestens schwer gewesen wäre, die Leiter der örtlichen Verwaltungen zu wählen. In der Zeit, in der die Städte unter der Leitung der Republik waren, mussten sich die Menschen eine Meinung bilden. Und unter den jetzigen Leitern der Verwaltungen gibt es in diesen Städten und Bezirken Menschen, die in der Lage sind zu leiten. Deshalb haben die Menschen das Recht der Wahl. Ein anderes Moment, die Durchführung dieser Wahlen läuft eindeutig im Rahmen der Minsker Vereinbarungen. Die DVR erfüllt die Minsker Vereinbarungen vollständig, trotz der Widersprüche, die von der ukrainischen Seite ausgehen, die sich im Prinzip weigert, sie zu erfüllen. Hierzu gehört der Abzug von Waffen von der Kontaktlinie, der Abzug von Waffen aus solchen Brennpunkten wie Gorlowka, Donezk, Schirokino, damit bei uns Frieden eintritt“, sagte Maxim Leschtschenko.

De.sputniknews.com: Russland tritt für die Erhaltung des Veto-Rechts für die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats ein. Die Frage der Erteilung dieses Rechts an weitere Mitgliedsländer muss zusätzlich behandelt werden, wie der russische Vizeaußenminister Gennadi Gatilow am Mittwoch Journalisten sagte.

„Wir sind für die Erhaltung dieses Rechtes für die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. Was die Erteilung dieses Rechts an weitere potentielle Mitgliedsländer betrifft, so muss diese im Falle einer Erweiterung zusätzlich behandelt werden“, so Gatilow. Laut Gatilow sind nicht alle Länder mit der Erteilung des Veto-Rechts an künftige Mitglieder des Sicherheitsrats einverstanden.

„Die Erörterung dieser Frage ist voreilig, bis die wichtigste Frage nach der Erweiterungsformel des Sicherheitsrates gelöst ist“, fügte er hinzu.

**Dnr-online.ru: Aufruf des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko an die Einwohner der DVR**

„Liebe Landsleute! Sehr geehrte Bürger der DVR! Heute habe ich einen Erlass über die Wahlen für die Organe der örtlichen Selbstverwaltung der DVR unterschrieben und bald können die Bürger des Landes ein neues Kapitel in der Geschichte unseres unabhängigen Staates eröffnen.

Am 11. Mai 2014 hat das Volk des Donbass beim Referendum schon seine Meinung gesagt.

An diesem Tag sind wir in die Zukunft gegangen, haben eine Wahl für unser ganzes Leben getroffen und ein Land geschaffen – die Donezker Volksrepublik.

Die Unabhängigkeit kam dem Volk des Donbass teuer zu stehen, aber wir haben das wichtigste erreicht: uns ist es gelungen, einen Staat aufzubauen, in dem die Macht dem Volk gehört.

Dies ist eine Heldentat, die von bisherigen Ärzten, Lehrern und Bergleuten geleistet wurde, die mit der Waffe in der Hand aufstanden und in den Kampf für die großen Ideen der Gerechtigkeit, für die Freiheit, für das Glück unserer Kinder zogen.

Unter unseren Händen starben unschuldige Menschen an Verletzungen, feindliche Geschosse zerstörten unbarmherzig Kirchen, Schulen, Krankenhäuser und Häuser. Das Leiden des Volkes war schrecklich, aber wir alle haben verstanden: die Wahl ist getroffen und einen Weg zurück gibt es nicht.

Wir begruben Verwandte, beweinten die Toten, aber die Söhne und Töchter des Donbass haben ihr Leben nicht umsonst gegeben. In den Kämpfen haben wir dem Feind das Recht abgenötigt, uns stolz Herren unseres Landes nennen zu können.

Heute haben einige unserer „Freunde“ begonnen die Stimme zu erheben, die die Frechheit haben, uns des Verrats zu beschuldigen, der Aufgabe der Interessen der Republik, der Resignation. Angeblich haben wir eine Vereinbarung mit dem Feind abgeschlossen, und so vor, in die Ukraine zurückzukehren. Ich sage es direkt – das ist eine Lüge. Jeder Bürger der unabhängigen DVR soll sicher wissen: in Minsk führen wir Verhandlungen mit einem hinterhältigen und vertragsbrüchigen Feind. Das sind keine „Partner“, keine Konkurrenten. Wir führen gezwungenermaßen eine diplomatische Schlacht gegen eine unbarmherzige terroristische Bande. Der ukrainische Faschismus – das ist der Name des Feindes, der nichts Heiliges hat und für den eine Lüge Tapferkeit ist und Verrat ein Grund zum Stolz. Aber wir sind auf die Verhandlungen eingegangen, weil das Leben jedes Bürgers der Republik unschätzbar ist und die Minsker Vereinbarung es erlaubte den Krieg zu stoppen, das Leiden des Volkes zu beenden.

Jetzt ist für uns alle ein historischer Moment gekommen. Am Steuer des Staates müssen Menschen stehen, die das Volk wählt und die die Republik auf den Weg des Friedens, des Blühens und des Fortschritts führen. Das ist unser Recht und unsere Verpflichtung vor denen, die ihren Kopf für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Republik hingehalten haben.

Ich will unterstreichen: wählen und gewählt werden können alle Bürger der DVR und die Wahlen werden nach den Gesetzen der DVR durchgeführt. Ich rufe alle Bürger unseres Landes auf, Verantwortung zu zeigen und das Schicksal der Heimat in ihre Hände zu nehmen. Ich garantiere, dass Parasiten, die feige in Erholungsorten sitzen und ihr Volk verraten haben, in der Volksrepublik nicht an die Macht gelassen werden. Das Ehrenrecht gewählt zu werden, erhalten nur die Bürger, die in der für die Heimat schweren Zeit wahre Patrioten ihres Landes geblieben sind und mit dem Volk die Sorgen des Krieges geteilt haben. Wir führen diese Wahlen ehrlich und offen durch, damit die ganze Welt sieht, was Demokratie und Volksmacht ist.

Ich weiß, dass wir bald mit Stolz zu uns sagen können: ich habe meine Wahl getroffen, ich bin Bürger der freien und unabhängigen Donezker Volksrepublik!“

De.sputniknews.com: Das Zahlungssystem Qiwi will im kommenden Jahr die Emission der in Russland ersten virtuellen Währung starten – Bitrubel, berichtet die Zeitung „Kommersant“ unter Berufung auf den Generaldirektor und Mitbesitzer von Qiwi, Sergej Solonin, am Mittwoch.

Nach Zeitungsangaben beläuft sich der Umfang der allgemeinen Marktkapitalisierung aller Kryptowährungen auf 3,8 Milliarden US-Dollar. Qiwi ist das erste Unternehmen, das eine eigene virtuelle Währung in Russland starten will. Die russischen Behörden sträuben sich jedoch gegen das virtuelle Geld, weil es zur Finanzierung von Terror und zur Geldwäsche genutzt werden kann.

Solonin zufolge sind Hunderte Millionen Rubel nötig, um den Bitrubel auf den virtuellen Markt

zu bringen.

Die Geldemission erfolgt in Russland nur durch die Zentralbank, ohne deren Genehmigung die Kryptowährung nicht gestartet werden kann.

Laut Solonin gab es bereits Gespräche mit Vertretern der Zentralbank. „Für die nächsten Tage ist eine weitere Besprechung dieses Themas mit der Zentralbank geplant. Zudem haben wir ein Schreiben mit der Beschreibung dieses Projekts an die Sicherheitsbehörden geschickt“, so der Generaldirektor von Qiwi. Wann genau das Projekt gestartet werden könne, hänge von der Zentralbank ab.

Nach Angaben der Zentralbankchefin Elwira Nabiullina könnten digitale Währungen für zweifelhafte Transaktionen genutzt werden. Deshalb würden die Behörden diese Frage exakt analysieren und sich gegebenenfalls mit der Regulierung dieses Bereichs befassen.

Qiwi will die „Blockchain“-Technologie, die die Grundlage des Zahlungssystems Bitcoin bildet, bzw. „Bitchares“ nutzen, die als dezentralisierte Börse der Kryptowährungen bezeichnet werden kann. Diese Plattformen werden jetzt getestet und nachbearbeitet, um der russischen Gesetzgebung zu entsprechen.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30434/54/304345421.jpg>

**Abends:**

De.sputniknews.com: Nachdem Victoria Nuland von der Ukraine ein hartes Vorgehen gegen die Oligarchen gefordert hat, bescheinigt die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa der US-Topdiplomatin Doppelmoral und verweist darauf, dass die USA Finanzbetrüger aus Russland gerne als „Regimeopfer“ in Obhut nehmen...

rusvesna.su: Die Mitglieder des Motorradclubs "Nachtwölfe des Donbass" haben auf einem der Friedhöfe in Sorinsk (LVR) ein Denkmal für ihr Mitglied Sergei Koptev, bei den Motorradfahrern und Milizen als "Danbas" bekannt, aufgestellt.

Dies wurde durch den Präsidenten der Republikanischen Clubs der Motorradfahrer "Nachtwölfe" Vitali "Prokuror" bekannt gegeben.

Er sagte, dass Koptev im November 2014 heldenhaft bei der Verteidigung des Dorfes Sokolniki starb. Während des Beschusses durch die ukrainische Armee deckte er mit seinem Körper seine Kameraden und erhielt eine große Menge an Splitterverletzungen.

"Das ist ein Held, der auf einem Motorrad aus Sachalin kam, um seine Heimat zu verteidigen, weil er hier geboren wurde – in Sorinsk", sagte der Präsident des Nationalen Motorradclubs während der Eröffnungsfeier des Denkmals....



[http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign\\_wm/public/nochnye\\_volki\\_otkryli\\_v\\_zorinske\\_5.jpg?itok=VDLo\\_I8p](http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/nochnye_volki_otkryli_v_zorinske_5.jpg?itok=VDLo_I8p)

Dan-news.info: Die OSZE-Mission hat den Beschuss im Gebiet des frontnahen Dorfes Logwinowo bestätigt, dies wird heute im täglichen Bericht der Mission für den 15. September mitgeteilt.

„Bei der Abreise aus dem Dorf Logwinowo, das 6,5 km nordwestlichen von Debalzewo liegt, hörte die Beobachtermision das Geräusch von Salven aus schweren Maschinengewehren aus dem Abstand von zwei bis drei km“, heißt es in dem Dokument.

De.sputniknews.com: Russland wird noch 2015 sein eigenes Zahlungssystem schaffen, wie RIA Novosti unter Hinweis auf den Chef des nationalen Systems von Zahlungskarten, Wladimir Komlew, mitteilt.

Die Tarife des russischen Zahlungssystems „Mir“ werden niedriger, als bei seinen weltweiten Konkurrenten Visa und MasterCard sein.

Ihm zufolge sollen die Regeln bzw. Tarife des Zahlungssystems spätestens Ende September

bekannt gegeben werden. Ihre Abstimmung stehe kurz vor dem Abschluss. Die Tarife werden in Rubel fixiert, was an und für sich ein Wettbewerbsvorteil gegenüber derartigen internationalen Systemen sei. Außerdem ist im Rahmen des Zahlungssystems „Mir“ laut Komlew keine Beitrittsgebühr vorgesehen.

Die vom Westen verhängten Sanktionen haben die russischen Behörden dazu veranlasst, die Arbeit am eigenen unabhängigen, konkurrenzfähigen Zahlungssystem zu beschleunigen.

Nachdem Visa und MasterCard wegen der US-Sanktionen 2014 die Bedienung einzelner russischer Kunden eingestellt hatten, kündigte Präsident Wladimir Putin die Schaffung eines nationalen Zahlungssystems Russlands an. Kurz danach verabschiedete die Staatsduma (Parlamentsunterhaus) ein entsprechendes Gesetz.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30435/12/304351242.jpg>